

Kurz berichtet

Strobl verurteilt Gewalt gegen Polizisten

STUTTGART (lsw) - Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) hat Gewalt gegen Polizeibeamte im Land scharf verurteilt. „Ein Angriff auf einen Polizisten ist ein Angriff auf uns alle, ein Angriff auf unsere Gesellschaft“, sagte der Vize-Regierungschef am Mittwoch bei einer Veranstaltung zum Opferschutz im Stuttgarter Innenministerium. Strobl berichtete von einer zunehmenden Verrohung und Respektlosigkeit in der Gesellschaft. Das dürfe man nicht achselzuckend hinnehmen. Wer der Polizei keinen Respekt entgegenbringe, verdiene keine Nachsicht und keine Milde. Die Landesregierung stehe hinter den Polizisten. So habe man den Einsatz der Bodycam schnell eingeführt, die deeskalierend wirke. Anlässlich des 4. Landesweiten Tags des Opferschutzes rückte Strobl die Gewalt gegen Polizeibeamte in den Fokus. Zahlreiche



Thomas Strobl (CDU). FOTO: DPA

Akteure tauschten sich am Mittwoch bei einer Veranstaltung im Stuttgarter Innenministerium aus. Geschädigte Polizisten berichteten von ihren Erfahrungen. Im Jahr 2017 wurden nach Angaben des Ministeriums mehr als 100 000 Personen in der polizeilichen Kriminalstatistik als Opfer erfasst.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für das Jahr 2017 im Südwesten 4330 Straftaten gegen Polizeibeamte aus. Das waren geringfügig weniger als noch im Jahr zuvor (4394 Straftaten), aber über die Jahre gesehen steigt die Zahl. So wurden im Jahr 2012 noch 3794 Straftaten gegen Polizisten gezählt.

Zu den Vorfällen gehören in sehr wenigen Fällen Straftaten gegen das Leben – im Jahr 2017 waren das jedoch immerhin fünf Fälle. Körperverletzungen machen schon mehr als die Hälfte aller Straftaten gegen die Beamten aus.

Lucha kritisiert Entwurf für Einwanderungsgesetz

STUTTGART (sz) - Der baden-württembergische Sozial- und Integrationsminister Manfred Lucha bezeichnet den vom Bund vorgelegten Entwurf zum Fachkräfteinwanderungsgesetz als „vertane Chance“. Er kritisierte am Mittwoch in Stuttgart, dass „das Ziel eines modernen und transparenten Einwanderungsgesetzes komplett verfehlt“ worden sei. In einer Pressemitteilung schreibt er: „Etwas wirklich Neues wird damit nicht geschaffen. Es fehlen klare Kriterien eines Punktesystems und eine verlässliche Stichtagsregelung, um für hier lebende Geflüchtete den Übergang in die Arbeitsmigration zu ermöglichen.“

Konstanz und Lodi streiten über Flüchtlingskinder

KONSTANZ/LODI (lsw) - Wegen des Umgangs mit Flüchtlingskindern ist zwischen Konstanz und seiner italienischen Partnerstadt Lodi ein Streit entflammt. Der Konstanzer Oberbürgermeister, Uli Burchardt (CDU), hatte in einem offenen Brief an seine italienische Amtskollegin



Uli Burchardt FOTO: DPA

Mitte Oktober scharfe Kritik geäußert. Hintergrund ist eine Regelung, die Migrantenkinder „von der Schulkantine und dem Schultransport ausschließt“. Diese sei Ausdruck „eines fremdenfeindlichen und diskriminierenden politischen Programms“. Um nicht den Höchstsatz an Kosten zu zahlen, müssen ausländische Einwohner in Lodi demnach beweisen, dass sie in ihrem Herkunftsland keinen Besitz haben. „Ein solcher Nachweis ist nahezu unmöglich“, heißt es in dem Schreiben. Lodis Bürgermeisterin Sara Casanova wies die Vorwürfe in ihrer Antwort zurück. „Ich bin mir sicher, dass es kein diskriminierender Akt ist, eine zusätzliche Bescheinigung zu verlangen“, schreibt die Politikerin der rechtspopulistischen Partei Lega Nord. „Für die Zukunft, falls diese Freundschaft fortgeführt wird, zähle ich auf direktere Beziehungen frei von medialen und politischen Eingriffen.“

Wasserentnahme bleibt in mehreren Kreisen verboten

FRIEDRICHSHAFEN (lsw) - Die Menschen am Bodensee dürfen wegen extremer Trockenheit bis in den Dezember hinein kein Wasser aus Gräben, Bächen, Flüssen oder Seen pumpen. „Ein derart lang anhaltendes Entnahmeverbot hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben“, sagte ein Sprecher des Landratsamtes Bodenseekreis in Friedrichshafen. Seit Ende Juli darf dort Wasser nicht entnommen werden. Ausgenommen davon sei der Bodensee. Das Verbot gilt vorerst bis zum 15. Dezember. Auch in den Kreisen Konstanz, Ravensburg und Tuttlingen herrscht weiter Wassermangel. Hier wurden die Verbote teilweise bis zum Jahresende verlängert. Rund 30 Verstöße sei man bislang nachgegangen.

Verdächtige von Freiburg bleiben in U-Haft

FREIBURG (lsw) - Im Fall der mutmaßlichen Gruppenvergewaltigung in Freiburg sind die acht Festgenommenen weiter in Untersuchungshaft. Die vor rund einem Monat verhängten Haftbefehle blieben wegen des dringenden Tatverdachts in Kraft, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Freiburg am Mittwoch. Zudem suche die Polizei noch immer nach zwei Unbekannten. Hauptbeschuldiger ist ein inzwischen 22 Jahre alter Syrer. Er gilt als Intensivtäter. Nach Deutschland gekommen war er Behördenkreisen zufolge über den umstrittenen Familiennachzug.

Land bringt Nachtragset ein

STUTTGART (lsw) - Die grün-schwarze Landesregierung hat ihren Nachtragset zur Beratung in den Landtag eingebracht. Er ergänzt den Doppelhaushalt 2018/2019, der für zwei Jahre Ausgaben von insgesamt rund hundert Milliarden Euro umfasst. Mit dem Nachtrag kommen zwei Milliarden Euro hinzu. Er sieht etwa Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zur Sanierung landeseigener Straßen und Gebäude, eine Bezahlung von Überstunden für Polizisten und ein Investitionspaket für die Kommunen vor. Vom Landtag beschlossen werden soll der Etat im Dezember. Bislang sind für 2018/2019 Kreditteilungen in Höhe von einer Milliarde Euro geplant.

Von Katja Korf

STUTTGART - Der Wolf beschäftigt den Landtag von Baden-Württemberg: Zum sechsten Mal seit 2017 haben die Parlamentarier am Mittwoch über das Raubtier debattiert. Argumente und Positionen im Überblick.

Muss der Wolf so streng geschützt werden?

Nach geltendem Recht ja, er gilt als stark gefährdet. Festgelegt ist das in der FFH-Richtlinie der Europäischen Union sowie in internationalen Abkommen. Diskussionen entzündeten sich daran, ob das so bleiben muss. In Deutschland leben rund 60 Rudel, die Population wächst stark. In Baden-Württemberg ist ein Wolf im Schwarzwald sesshaft. In ganz Europa zählt man bis zu 20 000 Tiere. CDU, FDP und AfD fordern daher, die EU müsse den Wolf weniger stark schützen. Grüne und SPD halten das für unrealistisch. Hintergrund: Erst vor Kurzem prüfte die EU die FFH-Richtlinie mit Bürgern und Experten. Den Wolf anders einzustufen als bisher, lehnte die Kommission danach ab. „Der Wolf ist, ob es mir passt oder nicht, streng geschützt“, sagt Umweltminister Franz Untersteller (Grüne).

Wann darf man Wölfe töten?

Obwohl die Tiere geschützt sind, ist das in bestimmten Fällen erlaubt. Nämlich dann, wenn sich die Tiere auffällig verhalten. Wenn sie sich wiederholt Menschen nähern oder mehrfach Schutzzäune überwinden, um Schafe zu reißen, können Behörden den Abschuss erlauben. Bislang gab es zwei solcher Fälle in Deutschland. Minister Untersteller legt die entsprechenden EU-Vorgaben noch weiter aus. Er hat dabei geschützte Landschaften im Blick wie die Heiden auf der Schwäbischen Alb oder Steilhänge im Schwarzwald. Dort ist es oft schwierig, Zäune zum Herdenschutz zu errichten. Unterstellers Argumente: In solchen Landschaften gefährde der Wolf die Existenz der Tierhalter. Die wiederum braucht es aber, um die geschützten Landschaften zu erhalten. Untersteller hat die EU um eine rechtliche Stellungnahme gebeten. Gibt die EU ihm Recht, könnten Wölfe in bestimmten Gebieten leichter erlegt werden.



Im Landtag ging es wieder einmal um den Wolf.

FOTO: IMAGO

führte Agrarministerium zuständig, nicht mehr das Umweltministerium. Befürworter sagen, man könne die Jäger dann besser in die Überwachung der Bestände mit einbeziehen.

Soll der Wolf ins Jagdrecht?

CDU, AfD und FDP fordern dies, Grüne und SPD lehnen es ab. Zunächst einmal würde diese Maßnahmen nicht viel verändern. Der Wolf bleibe geschützt und dürfe nur mit Genehmigung erschossen werden. Allerdings wäre dann das CDU-ge-

führte Agrarministerium zuständig, nicht mehr das Umweltministerium. Befürworter sagen, man könne die Jäger dann besser in die Überwachung der Bestände mit einbeziehen.

Was tun andere Staaten?

Länder wie Schweden oder Frankreich lassen die Jagd auf Wölfe unter Auflagen zu. Leben dort mehr Wölfe als aus Sicht der Politik nötig, um die Art zu erhalten, dürfen diese erschossen werden. Ähnliches fordern am Mittwoch FDP und AfD für

Auf einen Punsch mit der Polizei

Weihnachtsmärkte werden verstärkt geschützt

STUTTGART (lsw) - Am 19. Dezember 2016 raste der islamistische Attentäter Anis Amri mit einem Lastwagen in die Besuchermenge des Weihnachtsmarkts auf dem Berliner Breitscheidplatz. Zwölf Menschen starben, mehr als 70 wurden verletzt. 2017 soll ein mutmaßlicher Islamist einen ähnlichen Anschlag auf eine weihnachtliche Eislaufbahn in Karlsruhe geplant haben. Derzeit muss er sich vor Gericht wegen der Vorbereitung eines Terrorakts verantworten. Und 2018? „Nach wie vor besteht eine hohe abstrakte Gefährdungsrelevanz, weshalb die Polizei Weihnachtsmärkte und sonstige Veranstaltungen mit Weihnachtsbezug im besonderen Fokus hat“, teilte das Polizeipräsidium Karlsruhe mit. Es bestehe aber kein Anlass, auf die Durchführung oder den Besuch zu verzichten.



Polizisten zeigen auch auf dem Stuttgarter Weihnachtsmarkt wieder viel Präsenz. FOTO: DPA

Vor dem Karlsruher Schloss gibt es auch in diesem Jahr vom 27. November an wieder eine Eislaufbahn. Veranstalter ist die Karlsruhe Marketing und Event GmbH. Geschäftsführer Martin Wacker zufolge sollen große Behälter einen Zufahrtsschutz bieten und dafür sorgen, dass potenzielle Attentäter nicht ungehindert auf den Platz fahren können. Außerdem treffe der Veranstalter seinen Angaben nach „nicht sichtbare“ Sicherheitsvorkehrungen.

Als einer der ersten im Land beginnt am Donnerstag, 22. Dezember, der Weihnachtsmarkt in Freiburg. Veranstalter und Polizei haben gemeinsam ein Sicherheitskonzept erarbeitet. Die mutmaßliche Gruppenvergewaltigung in der Stadt im Oktober habe darauf aber keine konkreten Auswirkungen gehabt, sagte Annika Reinke, Sprecherin der Freiburger Wirtschaft Touristik und Messe GmbH. Ob sich der Fall negativ auf die Besucherzahlen auswirke, lasse

SPD-Fraktionschef Stoch liebäugelt mit Landesvorsitz

Nahles muss sich auf Gegenwind gefasst machen

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Der SPD-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag Andreas Stoch liebäugelt offen damit, beim Parteitag am Samstag für den Landesvorsitz zu kandidieren. Er sei dabei, das Für und Wider abzuwägen, sagte er am Mittwoch der „Schwäbischen Zeitung“. „Einigkeit in der Partei kann am besten jemand herstellen, der weder der einen, noch der anderen Strömung angehört“, nannte Stoch als Argument für eine Kandidatur. Dieses Profil schreibt er sich nicht nur selbst zu, das wird ihm auch aus Teilen des linken Flügels und der sogenannten Netzwerker attestiert. Stochs Contra: „Ich bin schon vor zwei Jahren nicht angetreten, weil ich gesagt habe: Wir können keine One-Man-Show sein.“

Die amtierende Landeschefin Leni Breymaier hatte am Dienstag erklärt, den Vorsitz abzugeben, nachdem ihr bei einem Mitgliedervotum weniger als die Hälfte der Genossen im Südwesten das Vertrauen ausgesprochen hatte. Ihr Herausforderer Lars Castellucci hält indes an seiner Kandidatur fest, obwohl er das Votum knapp verloren hat. Dafür bekommt er Unterstützung, etwa vom früheren Juso-Landeschef Leon Hahn aus Friedrichshafen. Durch Breymaiers Rückzug ergebe sich eine neue Situation. Deshalb sei es legitim, dass Castellucci „dem Landesparteitag ein Angebot macht“, sagte Hahn. Castellucci muss auch viel Kritik einstecken – unter anderem in den sozialen Netzwerken. Schließlich hatte er sich mit Breymaier darauf geeinigt, auf eine Kandidatur bei einer Niederlage zu verzichten.

Teile der Partei sehen in der möglichen künftigen Spitze aus Stoch und dem bislang einzigen Kandidaten als Generalsekretär, Sascha Bin-

der, ein Problem: zwei Männer, beide aus Nordwürttemberg, beide Juristen, beide Landtagsabgeordnete. Andere sehen das als Chance mit Blick auf die Landtagswahl 2021. „Das Problem ist nicht die Spitze“, sagt indes der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich. Es sei dringend nötig, die festgefahrenen Strömungen aufzubrechen, gerade auf der mittleren Funktionärssebene, die am Samstag präsent sein wird. „Das muss man beim Parteitag offen ansprechen“, fordert er. „Es sind derzeit zu viele Strippenzieher unterwegs.“

Wie gefährlich sind Wölfe?

„Wir haben in den letzten Jahrzehnten in ganz Mitteleuropa nicht erlebt, dass es einen Angriff von Wölfen auf Menschen gegeben hätte“, sagte Untersteller am Mittwoch. Es gab einzelne Berichte über mögliche Wolfsattacken, zuletzt in Polen und Griechenland. Ob es sich um Hunde, Wolfs-Hund-Mischlinge oder Wölfe handelte, blieb umstritten. Experten betonen, dass ein gesunder Wolf scheu sei und Menschen aus dem Weg gehe. Der CDU-Mann Haser äußerte Zweifel, ob das auch im dicht besiedelten Südwesten gelte. Großen Schaden können Wölfe in Tierherden anrichten. In Baden-Württemberg rissen durchziehende Tiere und der eine heimische Wolf etwa 100 Schafe und Ziegen.

Ist das Land gut vorbereitet?

Ja sagen die regierenden Grünen wenig überraschend. Wo ein Wolf sesshaft wird, bekommen Viehhalter 90 Prozent der Kosten für Zäune zum Schutz vor dem Wolf ersetzt. Die Fördersätze sollen auf 100 Prozent steigen. Auch die Haltung von Herdenschutzhunden wird gefördert. Das Land prüft außerdem, ob sie Schäfern auch die zusätzliche Arbeit zahlen kann, die diese in Schutzmaßnahmen stecken. Wer seine Herden schützt, hat Anspruch auf Schadenersatz, wenn der Wolf Tiere tötet. Die Opposition und die mitregierende CDU fordern dagegen noch mehr. Die FDP will eine Wolfsverordnung, die etwa den Ablauf bei Problemwölfen genau regelt. Die CDU will, dass Weidetierhalter alle Kosten ersetzt werden, die diese zum Herdenschutz aufwenden. Die AfD fordert, dass der Wolf sich erst gar nicht ansiedelt.

der, ein Problem: zwei Männer, beide aus Nordwürttemberg, beide Juristen, beide Landtagsabgeordnete. Andere sehen das als Chance mit Blick auf die Landtagswahl 2021.

„Das Problem ist nicht die Spitze“, sagt indes der Landtagsabgeordnete Peter Hofelich. Es sei dringend nötig, die festgefahrenen Strömungen aufzubrechen, gerade auf der mittleren Funktionärssebene, die am Samstag präsent sein wird. „Das muss man beim Parteitag offen ansprechen“, fordert er. „Es sind derzeit zu viele Strippenzieher unterwegs.“

Mit mächtigem Gegenwind am Samstag muss die Bundesvorsitzende Andrea Nahles rechnen. Die SPD-Kreisvorsitzenden aus dem Südwesten haben sie am Mittwoch in einem Brief wegen der Kandidatenliste des Bundesvorstand für die Europawahl scharf kritisiert. „Es ist völlig inakzeptabel, dass die Bundespartei unser Votum völlig ignoriert – dies entgegen aller Spielregeln“, heißt es darin. Die EU-Abgeordneten aus dem Südwesten Evelyn Gebhardt und Peter Simon landen auf hinteren Plätzen, Noch-Generalsekretärin Luisa Boos steht auf Platz 15. Insgesamt komme der Südwesten zu kurz.



Andreas Stoch überlegt, beim Parteitag für den SPD-Landesvorsitz zu kandidieren. FOTO: DPA

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Ludau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo; Beilagen/Wochenende: Dirk Ullrich; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lemartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaltitelredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de